

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

10. Juni 2008

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Angela **Bloss**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Dr. Rainer **Köthe**, Engelbert **Lorenz**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Roland **Schnell**

Verwaltung: Böhm, Hack

Es fehlten als entschuldigt: ---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 02. Juni 2008 ordnungsgemäß eingeladen worden ist.

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 06. Juni 2008 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 06. Mai 2008

Beschluss:

Der Sitzungsniederschrift vom 06. Mai 2008 wird zugestimmt.

Abstimmung: 15 Ja

02. Bildung von Haushaltsresten für das Haushaltsjahr 2007

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die nicht verausgabten, aber eingeplanten Mittel für die Investitionen im Haushaltsjahr 2007 in das nächste Haushaltsjahr (2008) übertragen werden sollen. Dadurch ist die Finanzierung der laufenden Investitionsmaßnahmen sichergestellt. Bei der Ausgaben-HH-Stelle 2.26300.950000-001 muss eine Änderung dahin erfolgen, dass für die allgemeine Straßenunterhaltung nicht 76.000 Euro, sondern 176.000 Euro, als Haushaltsrest gebildet werden.

Insgesamt schließt das Jahresergebnis 2007 sehr erfreulich. Die Steuermehreinnahmen 2007 werden zu einhundert Prozent der allgemeinen Rücklage zugeführt, um die dann im Haushaltsjahr 2009 höheren Umlagen (Gewerbsteuer, Finanzausgleich usw.) finanzieren zu können.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bildung folgender Haushaltsreste für das Haushaltsjahr 2007 zu:

Einnahmen			
2.2300.361000-002	Adolf-Schmitthenner-Gymnasium	Zuschüsse vom Land, Energieholz Rest	7.600,00 €
2.2300.361100-002	Adolf-Schmitthenner-Gymnasium	Ausgleichstock, Hackschnitzel Rest	114.000,00 €
		Ausgleichstock NWT-Raum, Rest	14.300,00 €
2.9100.377100-001		Kreditermächtigung 2007	326.000,00 €
Ausgaben			
2.6150.950000-100	Stadtsanierung	Kosten der Sanierung	25.000,00 €
2.6300.950000-001	Gemeindestrassen	allgem. Straßenbaumaßnahmen	176.000,00 €
2.6700.950000-100	Straßenbeleuchtung	Tiefbau	10.000,00 €
2.7710.935000-001	Bauhof	Planungskosten	11.000,00 €

Abstimmung: 15 Ja

03. Errichtung eines DFB-Mini-Spielfeldes im Schulzentrum Neckarbischofsheim hier: Auftragsvergabe für den Unterbau

Stadtrat Hans Rossel ist bei diesem TOP befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und stellt fest, dass er sehr überrascht war, als er die Kosten für den Unterbau und die Pflasterarbeiten für das DFB-Mini-Spielfeld erfahren hat. Allerdings sind diese Ausgaben zu tätigen, will man das Geschenk des DFB an die Stadt Neckarbischofsheim so bauen, dass es auch Sinn macht. Der Finanzierungsvorschlag der Verwaltung sieht so aus, dass die im letzten Jahr eingesparten Mittel im Vermögenshaushalt für die Maßnahme eingesetzt werden, so dass für das Haushaltsjahr 2008 keine zusätzlichen Mittel einzuplanen sind. Die Verwaltung schlägt vor, dem günstigsten Bieter, der Fa. Hauck Bau GmbH, Waibstadt, den Auftrag zum Preis in Höhe von 24.690,42 Euro zu erteilen.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt aus, dass durch die hohen Kosten nun eine neue Situation entstanden ist. Bei der Vorberatung über die Errichtung des Mini-Spielfeldes waren 5.000 Euro für den Unterbau vorgesehen. Nunmehr liegen die Kosten 20.000 Euro höher als geplant. Für diese Mehrausgabe findet er das Spielfeld an einem sehr ungünstigen Platz, und für die Kinder zu weit weg vom Ort. Seiner Meinung nach werden die Gymnasiasten den Platz nicht so frequentieren, da diese schon älter sind, als diejenigen Kinder, die dieses Spielfeld nutzen sollen. Aufgrund der hohen Kosten sollte man sich deshalb überlegen, ob das DFB-Mini-Spielfeld nicht auf dem Abenteuerspielplatz im Wiesenweg oder doch am Sportplatz erstellt wird. Auch wenn es für den Badischen Fußballverband mehr Sinn macht, das Spielfeld im Schulzentrum zu errichten, tut er sich mit seiner Entscheidung an diesem Standort schwer, zumal in der Nachbarschaft noch der Tartanplatz liegt.

Bürgermeister Vogt erwidert auf die Anmerkungen von Stadtrat Knapp, dass die Stadt Neckarbischofsheim zwei Möglichkeiten hat: entweder das Spielfeld an den DFB zurückzugeben, oder aber an der vorgeschlagenen Stelle das Spielfeld zu bauen. Ein anderer Standort kommt für den Badischen Fußballverband nicht in Frage, dies wurde mit dem Sportbund ausführlich diskutiert und abgeklärt. Der Sportbund hat sich für Neckarbischofsheim entschieden, weil hier ein großes Schulzentrum vorhanden ist. Außerdem liegt das Spielfeld an einer Stelle, wo es den Unterricht nicht stört. Im Gymnasium in Buchen ist das Fußballfeld viel kleiner und wird von allen Kindern genutzt, weshalb er davon ausgeht, dass neben den Gymnasiasten auch die Grund- und Hauptschüler sowie die Vereine, die die Turnhallen nutzen das Spielfeld zum Fußballspielen ebenfalls frequentieren werden. Im Übrigen geht er davon aus, dass am Nachmittag die Neckarbischofsheimer Kinder diesen Platz ebenfalls nutzen können.

Stadtrat Knapp führt aus, dass im Bereich des Tartanplatzes schon im Vorfeld Probleme mit Jugendlichen waren, weshalb damals die Büsche gestutzt wurden. Wenn nunmehr das neue DFB-Mini-Spielfeld dort errichtet wird, könnten wiederum dort oben Probleme auftreten. Er bittet um Auskunft, ob von Seiten der Stadt beim Badischen Fußballverband und DFB alles unternommen wurde, um den Platz an einer anderen Stelle errichten zu können. Im Übrigen ist der Termin zur Errichtung des Spielfeldes eh schon überschritten, weshalb die Verwaltung hier nochmals Gespräche führen sollte.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Standort im Schulzentrum die richtige Entscheidung ist, und man die Diskussion über den Standort von den Kosten trennen muss, denn egal wo das Spielfeld errichtet wird, sind die vorliegenden Kosten aufzubringen. Er verweist noch darauf, dass die Probleme mit den Jugendlichen aufgetreten sind, die die Sportanlage nicht als Sportanlage genutzt haben. Eine Gefahr dass dort Probleme mit diesen Jugendlichen auftreten besteht aber weiterhin.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe ist der Meinung, dass wenn das Spielfeld intensiv von den Kindern genutzt wird, weniger Probleme auftreten werden. Er fragt nach, welche Mittel der Badische Fußballverband zur Errichtung des Spielfeldes bereitstellt.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Unterbau Angelegenheit der Stadt ist, der DFB nochmals den gleichen Betrag für die Errichtung des Spielfeldes (Kunstrasen, Bande, Ballfangzaun) zur Verfügung stellt.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass die Errichtung der Mini-Spielfelder vom DFB nach der Weltmeisterschaft 2006 so ausgeschrieben wurde, dass diese an einem zentralen Platz gebaut werden. In Bammental wird dieses Spielfeld nun zentral errichtet. In Kürnbach wurde es neben dem Sportplatz gebaut. Auch er ist der Meinung, nochmals beim DFB und Badischen Fußballverband zu intervenieren, um beim Sportplatz das Spielfeld errichten zu können.

Stadtrat Engelbert Lorenz stellt fest, dass es beim damaligen Beschluss keine Alternativen zum Schulzentrum gegeben hat, nachdem das Spielfeld für weniger Geld geplant war. Nachdem sich die Kosten nun wesentlich erhöht haben ist es legitim, nochmals über die Standortfrage nachzudenken, da die Voraussetzungen nun ganz anders sind, als bei der damaligen Entscheidung.

Stadtrat Hans Peter Jelinek hält an dem Standort im Schulzentrum fest, da hier eine Attraktivitätssteigerung für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium erfolgt. Allerdings ist über die gestiegenen Kosten noch zu diskutieren.

Stadtrat Rüdiger Knapp hält dagegen, dass das Ziel nicht die Aufwertung des Gymnasiums ist, sondern dass die Neckarbischofsheimer Kinder dort Fußballspielen können.

Stadtrat Walter Freudenberger bringt in die Diskussion ein, dass das Spielfeld auch gut in den oberen Bereich des jetzigen Bolzplatzes am Sportplatz passen würde, da dieser so nicht mehr genutzt wird.

Stadtrat Gerold Rossel ist der Meinung, dass der Standort am Gymnasium gut gewählt ist, da hier die Kinder nicht immer im Blickfeld der Erwachsenen sind, wenn sie dem Fußballspielen nachgehen wollen.

Stadtrat Thomas Mayer findet den Standort ebenfalls ideal, gerade wegen dem neben liegendem Tartanplatz.

Bürgermeister Vogt verweist nochmals auf die zu Beginn der Diskussion angesprochenen zwei Alternativen: Rückgabe des Spielfeldes an den DFB oder Bau desselben am Schulzentrum. Er hält an seiner Meinung fest, das Spielfeld am vorgeschlagenen Standort zu errichten, zumal 1000 Schüler des Gymnasiums und der Grund- und Hauptschule diesen Platz nutzen können. Im

Übrigen gehen die Jugendlichen der Neckarbischofsheimer Vereine in der nahe liegenden Sporthalle auch ihrem Sport nach.

Zu Bedenken ist auch, dass die hier zu Verfügung gestellten Mittel für weitere Angebote für das Gymnasium eingespart werden können. Der Gemeinderat kann sich weiterhin über das Geschenk des DFB streiten, und darüber diskutieren, ob die 25.000 Euro ausgegeben werden sollen.

Stadtrat Walter Freudenberger stellt fest, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim in der derzeitigen finanziellen Situation die Mehrausgabe von 20.000 Euro, trotz Bildung von Haushaltsresten, nicht leisten kann. Seiner Meinung nach sind wichtigere Maßnahmen zu erledigen (Straßenunterhaltungen), weshalb die Bürger der Stadt dem Gemeinderat bald keinen Glauben mehr schenken. Er verweist noch auf die Gemeinde Bammental, die wegen der hohen Kosten das Spielfeld abgelehnt hat, wobei dann ein Sponsor eingesprungen ist, der die Errichtung des Mini-Spielfeldes finanziert hat. Seiner Ansicht werden hier unnötig Gelder rausgeworfen, die für andere Maßnahmen verwendet werden können.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass ihm die Investition von 25.000 Euro es wert ist, um die Kinder im Schulzentrum gut versorgt zu wissen.

Stadtrat Norbert Benz ist der Meinung, dass die Schüler am Schulzentrum dieses Spielfeld nicht nutzen werden, da diese bereits nach 13 Uhr die Schule verlassen.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass sich mit dem G8 die Unterrichtszeiten in den Nachmittag hinein verlagert haben, und sich die Schüler in den Pausen auf dem Spielfeld erholen oder auch abreagieren können.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Errichtung des DFB-Mini-Spielfelds am vorgesehenen Platz am Schulzentrum Neckarbischofsheim zu.

Abstimmung: 9 Ja 4 Nein 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe zur Errichtung des Unterbaus für das DFB-Mini-Spielfeld im Schulzentrum Neckarbischofsheim zum Preis in Höhe von 24.690,42 EUR an die Fa. Hauck Bau GmbH, Waibstadt, zu.

Abstimmung: 15 Ja

04. Neubau einer Produktionshalle auf den Flst.Nrn. 1400 und 10103/8 hier: Schließung des Bahnübergangs in der Hölderlinstraße

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass der Antrag auf Neu- und Erweiterungsbau der Fa. Neudel Verpackungen vom Technikausschuss befürwortet wurde. Allerdings wurde die Planung wegen des einzuhaltenden Sichtdreiecks von der SWEG in ihrer Stellungnahme zum Bauantrag abgelehnt. Hierzu muss man wissen, dass ein Teil der Laderampe und die PKW-Abstellplätze in dem Sichtdreieck liegen. Die Bahn verlangt nun, dass dieses Sichtdreieck freigehalten wird. Daraufhin hat sich die Verwaltung mit der SWEG in Verbindung gesetzt und vorgeschlagen, durch Einrichtung einer Langsamfahrstrecke aus Richtung Bahnhof, dem Bauantrag doch zuzustimmen. Das Sichtdreieck aus Richtung Hüfdenhardt wird ebenfalls durch die Friedhofsmauer nicht eingehalten, weshalb durch eine Langsamfahrstrecke aus dieser Richtung die Situation schon seit Jahren legalisiert ist. Obwohl die SWEG signalisiert hat, dass sie ab dem Frühjahr 2009 die Fahrstrecke einstellen wird, und dann kein regelmäßiger Zugverkehr mehr stattfindet, will die SWEG, dass die Fahrstrecke weiter erhalten bleibt, um zu jeder Zeit die Strecke weiterhin befahren zu können. Somit gilt für die Strecke weiterhin das Eisenbahnverkehrsgesetz, weshalb der Bahnübergang in der Hölderlinstraße mit einer Signalanlage bestückt werden muss, wenn er geöffnet bleiben soll. Deshalb stellt sich für die Stadt Neckarbischofsheim die Frage, ob sie bereit ist, den Bahnübergang zu schließen, um die Erweiterung der Fa. Neudel Verpackungen, wie beantragt, zu ermöglichen. Der Bahnübergang wäre dann nur noch für Fußgänger und Radfahrer, durch die Einrichtung einer Umlaufsperrung (wie beim Bahnübergang im Weinberg) passierbar, allerdings nicht mehr für den PKW-Verkehr. Die Anwohner der Hölderlinstraße müssten dann über die Bahnhofstraße oder das Neubaugebiet „Eichertstal“ ausweichen. Bürgermeister Vogt sieht die Schließung des Bahnübergangs als eine Art Wirtschaftsförderung für die Fa. Neudel Verpackungen, die an-

sonsten eine Änderung der Planung vornehmen müsste und die Rampe so logistisch nicht mehr nutzen könnte. Außerdem würden die geplanten PKW-Stellplätze entfallen.

In der anschließenden Diskussion wird von Stadtrat Hans Peter Jelinek nachgefragt, weshalb das nördliche Sichtdreieck doppelt so groß ist wie das südliche Sichtdreieck. Dies kann Bürgermeister Vogt nicht beantworten. Stadträtin Angela Bloss fragt an, ob über die Einrichtung einer Einbahnstraße in der Hölderlinstraße nachgedacht wurde, um das Sichtdreieck zu umgehen. Bürgeramt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass diese Möglichkeit nicht bei der SWEG angefragt wurde, wobei er davon ausgeht, dass diese Regelung ebenfalls nicht ausreichend wäre. Stadtrat Peter Haffelder nervt die Stellungnahme der SWEG, die sich hier gegen die Erweiterung eines Industriebetriebs stellt, obwohl voraussehbar ist, dass der Fahrzeugverkehr auf der Strecke nächstes Jahr eingestellt wird. Er schlägt aus diesem Grunde vor, die Umlaufsperrung einzurichten, damit der Bauantrag genehmigt werden kann. Nach Einstellung des Fahrbetriebs auf der Strecke soll jedoch der Bahnübergang wieder geöffnet werden. Bürgermeister Vogt führt aus, dass nach dem Eisenbahnverkehrsgesetz ein gesperrter Bahnübergang nach Wiedereröffnung mit einer Signalanlage ausgestattet werden muss. Es handelt sich bei der Nebenbahn nicht um eine Streckenstilllegung durch die SWEG. Diese wird weiterhin die Strecke so unterhalten, dass sie befahren werden kann. Solange die Gleise noch vorhanden sind, wird die Strecke nach dem Eisenbahnverkehrsgesetz behandelt.

Stadtrat Gerold Rossel spricht sich dafür aus, die Erweiterungspläne der Fa. Neudel Verpackungen zu unterstützen und spricht sich ebenfalls für die Schließung des Bahnübergangs aus. Seiner Meinung nach bestehen bei einer Nichtschließung des Übergangs nur Nachteile für die Bediensteten, die dort nicht parken können. Den Friedhofsbesuchern und Anwohnern der Hölderlinstraße kann der Umweg über die Bahnhofstraße bzw. das Neubaugebiet zugemutet werden.

Stadtrat Walter Freudenberger teilt mit, dass er in Heidelberg nachgefragt hat, wie viele Unfälle bereits am Bahnübergang passiert sind. Hierzu erhielt er die Auskunft, dass dies innerhalb von 40 Jahren nur einer war. Er ist der Meinung, dass sich die Stadt durch die SWEG hier nicht erpressen lassen darf, da vermehrt Probleme auftreten werden, wenn dort kein PKW-Verkehr mehr erfolgen kann. Deshalb ist er für die Offenhaltung des Bahnübergangs und spricht sich für die Anbringung eines zweiten Verkehrsspiegels aus. Im Übrigen möchte er durch die Maßnahme die Fa. Neudel Verpackungen nicht benachteiligt sehen. Auch Stadtrat Roland Schnell ist für die Aufstellung eines weiteren Verkehrsspiegels, da die Züge nur mit minimaler Geschwindigkeit aus dem Bahnhof herausfahren.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass er nicht die Meinung der SWEG vertritt, jedoch hier ein Gesetz vorliegt, das die Stadt Neckarbischofsheim einzuhalten hat. Die SWEG empfindet die Aufstellung eines weiteren Verkehrsspiegels als Sicherheitsrisiko, da lediglich die PKW-Führer die Bahn sehen, jedoch nicht umgekehrt. Am Mittwoch, 02. Juli, findet mit dem SWEG-Vorstand Herr Strobel ein Gespräch statt, in welchem noch andere Fragen behandelt werden sollen. Aus diesem Grund schlägt Bürgermeister Vogt vor, heute zu beschließen, den Bahnübergang zu schließen, damit die Fa. Neudel Verpackungen die Baugenehmigung erhält. Parallel werden Gespräche dahingehend geführt, auszuloten, ob der Bahnübergang dennoch offen gehalten werden kann. Solange ein regelmäßiger Linienverkehr stattfindet bleibt der Bahnübergang geschlossen, wenn nur noch sporadisch Züge fahren, wird die Öffnung des Bahnübergangs wieder vorgenommen. Die Fa. Gmeinder beispielsweise wird im Rhythmus von drei bis vier Monaten die Strecke befahren, wenn sie die Züge zusammengebaut hat. Dazu benötigen sie allerdings eine spezielle Genehmigung für die Testfahrten, da die Züge noch nicht die Zulassung haben. Wenn diese Verhandlungen scheitern, dann bleibt der Bahnübergang geschlossen. Die Baugenehmigung der Fa. Neudel Verpackungen hängt nur noch an diesem Punkt. Alle anderen Punkte dürften mittlerweile erledigt sein. Den Bauherren bleibt nicht mehr allzu lange Zeit in dieser Angelegenheit, denn bei einer Ablehnung der Schließung müsste der Bauantrag mit allen Konsequenzen umgeplant werden.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob der Fa. Neudel Verpackungen die Schließung des Bahnübergangs ebenfalls recht ist, da sie ja diesen Bahnübergang auch nutzen.

Geschäftsführer Thomas Neudel wird von Bürgermeister Vogt gebeten hierzu Stellung zu beziehen. Herr Neudel führt aus, dass dieser Kompromiss von Seiten der Fa. Neudel Verpackungen eingegangen werden muss, da keine Zeit für weitere Verhandlungen verbleibt. Im Übrigen ist Bürgermeister Vogt bekannt, wie lange mit der SWEG verhandelt und nichts erreicht wurde.

Herr Glenk fügt hinzu, dass das Eisenbahnverkehrsgesetz das Verfahren vorschreibt und es hierzu keine Kompromisse gibt, weshalb sich die SWEG hier keinen Millimeter bewegt.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bittet um Auskunft, ob die Fa. Neudel Verpackungen beim Kauf des Grundstücks nicht gewusst hat, dass bei einer Erweiterung der Firma das Sichtdreieck eingehalten werden muss. Nunmehr liegt eine Planung vor, obwohl der Firma durchaus bewusst war, dass dieser Bereich nicht bebaubar ist.

Thomas Neudel führt aus, dass dies der Firma durchaus bewusst war, aber beim Kauf des Grundstücks noch nicht feststand, wie die Produktionsstätte erweitert wird. In der heute sehr schnelllebigen Zeit muss ein Betrieb von Tag zu Tag optimiert werden, weshalb die Planungen nunmehr in das Sichtdreieck fallen. Durch den Firmensitz mitten im Wohngebiet hat der Betrieb entsprechende Schallschutzmaßnahmen zu erfüllen. Deshalb muss der Betrieb so optimiert werden, dass dieser wirtschaftlich am Besten genutzt werden kann.

Stadtrat Jelinek stellt fest, dass er alle Fakten über die Angelegenheit wissen möchte, damit er in dem politischen Gremium seine Entscheidung treffen kann.

Stadtrat Freudenberger bittet zum Ende der Diskussion nunmehr mit der Entscheidung abzuwarten, bis das Gespräch mit der SWEG geführt ist. Bürgermeister Vogt führt aus, dass dies ein zeitliches Problem ist, weshalb er heute eine Entscheidung herbeiführen möchte.

Stadträtin Angela Bloss weist noch darauf hin, dass bereits beim Beschluss über das Neubaugebiet „Eichertstal“ die Sperrung des Bahnübergangs in der Hölderlinstraße beschlossen wurde. Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest dass damals gesagt wurde, dass man zwar Sperrschilder aufstellen will, aber jeder über den Bahnübergang fahren will, wenn er das möchte.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt wegen des Neubaus einer Produktionshalle auf den Flst.Nrn. 1400 und 10103/8 der Schließung des Bahnübergangs in der Hölderlinstraße zu.

Abstimmung: 13 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

05. Beratung der Tagesordnung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Waibstadt am 03. Juli 2008

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2008 nebst Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008

Der Wirtschaftsplan für die beiden Altenpflegeheime steht dieses Jahr das letzte Mal zur Beratung an. Im nächsten Jahr wird sich dies wohl erledigen, wenn das Johanniter-Haus in Waibstadt eröffnet wird. Ansonsten enthält der Haushaltsplan keine wesentlichen Änderungen.

Allgemeine Fortschreibung des Flächennutzungsplanes des GVV Waibstadt

Hier handelt es sich um allgemeine Fortschreibungen im Flächennutzungsplan, die die Stadt Neckarbischofsheim nicht betreffen.

Gemeinsames Grundbuch – Umstellung auf elektronisches Grundbuch

Wie aus der Zeitung zu entnehmen war, ist von der Landesregierung geplant, für die Metropolregion Rhein-Neckar ein zentrales Grundbuchamt in Tauberbischofsheim einzurichten. Die Karenzzeit ist bis zum Jahr 2018 vorgegeben. Danach wird keine Gemeinde mehr im Auftrag des Landes Baden-Württemberg ein eigenes oder gemeinsames Grundbuchamt betreiben.

Wenn die Grundbücher bis 2018 abgegeben sind, dann haben die Gemeinden keinen Zugriff mehr auf Informationen aus den Grundbüchern, weshalb sich die Bürgermeister-Kollegen im GVV Waibstadt darauf verständigt haben, die Grundbücher in den nächsten fünf bis sechs Jahren auf das elektronische Grundbuch (Folia) umzustellen. Nach der Umstellung kann dann ein Auskunftspunkt, evtl. in Neckarbischofsheim oder einer anderen Gemeinde im GVV Waibstadt, eingerichtet werden, um Informationen aus dem Grundbuch zu erhalten. Der Auskunftspunkt wird mit 2.500 Euro veranschlagt. Ob das Land pro Auskunftsfall dann Gebühren erhebt ist noch nicht bekannt. Auf jeden Fall sollen die Notare und sonstige Betroffenen einen eigenen Zugang zum Auskunftssystem erhalten. Papierauszüge wird es allerdings dann nur noch in Tauberbischofsheim geben.

Bürgeramt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass der Sinn des Systems dahingehend ausgelegt ist, dass der Bürger vor Ort einen Grundbuchauszug erstellen lassen kann. Sollte die Datenmenge bereits vor dem Jahr 2018 erfasst sein, kann das Gemeinsame Grundbuchamt bereits vorher abgegeben und dadurch Kosten gespart werden. Die Grundbuchakten

werden danach in Tauberbischofsheim geführt. Weitere Einzelheiten darüber sind der Verwaltung jedoch noch nicht bekannt.

Neben einem Personalcomputer, der bereits vorhanden ist, wird das Programm „Folia“ benötigt, um die Umschreibung vornehmen zu können. Die Kosten für das Programm und die notwendigen Schulungsmaßnahmen betragen zirka 32.000 Euro. Spätestens in sechs Jahren ist geplant, die Mitarbeiter des gemeinsamen Grundbuchamtes wieder in ihre Gemeinden zurückzunehmen. Deshalb haben sich die Bürgermeister des GVV Waibstadt darauf geeinigt, so schnell wie möglich die Umschreibung der Grundbücher mit dem vorhandenen Personal vorzunehmen. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten: die Daten einzuscannen oder aber abzutippen. Der durchschnittliche Aufwand zur Erfassung eines Grundbuchs liegt bei zirka 15 Minuten. Für diese Arbeiten soll eine Beschäftigte abgestellt werden. Der Kostenanteil der Stadt Neckarbischofsheim für die Umschreibung wird mit der jährlichen Umlage an den GVV Waibstadt verrechnet.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

06. Zentrales Mahnmal für deportierte Juden

hier: Zustimmung zur Teilnahme an dem Projekt durch das Adolf-Schmitt-henner-Gymnasium Neckarbischofsheim

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass es der Stadt Neckarbischofsheim hier vor allem um eine moralische Unterstützung für das Projekt geht. Kosten entstehen für die Stadt Neckarbischofsheim eventuell für das Material, wobei die Beteiligung deutlich unter 500 Euro liegen wird (Anfrage von Stadtrat Walter Freudenberger wegen der Kosten für die Stadt), da die Schüler die Gestaltung des Gedenksteins selbst übernehmen werden. Bürgermeister Vogt geht davon aus, dass Schuldekan Meuret sich wegen der Finanzierung des Projekts noch mit den entsprechenden Stellen in Verbindung setzen wird. Bei dem Projekt handelt es sich außerdem um ein Stück der deutschen Geschichte, die nicht in Vergessenheit geraten darf. Bei einem Gespräch mit dem Landesdenkmalamt wurde ein genaues Aufmass der Synagoge angefordert, um vor der Errichtung des Gedenksteins durch ein Steinband den Standort der Synagoge anzuzeigen.

Die Stadträte Dr. Rainer Köthe und Thomas Mayer unterstützen das Projekt, zumal auch ein Außenlager an der Schwarzbachsiedlung war (Köthe) und das Mahnmal an der ehemaligen Synagoge dadurch aufgewertet wird (Mayer).

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Teilnahme an dem Projekt „Zentrales Mahnmal für deportierte Juden“ durch das Adolf-Schmitt-henner-Gymnasium zu.

Abstimmung: 14 Ja 1 Enthaltung

07. Bekanntgaben

Fällung der Linde im Schlosspark

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf seinen Leserbrief in der gestrigen Ausgabe der Rhein-Neckar-Zeitung und zeigt ein Bild des gefälltten Baumes, auf welchem man erkennen kann, dass das Holz im Stamm von einem Pilz zersetzt war. Dieser Pilz ist gerade für Linden sehr gefährlich und wurde im vorliegenden Gutachten auch so nachgewiesen. Wie auf dem Bild zu erkennen ist, war nur noch wenig Holz gesund, wobei sich die Zersetzung in den statisch wichtigen Wurzeln fortgesetzt hat. Zwei Förster, die den Baum nach der Fällung unabhängig voneinander begutachtet haben, bestätigten dies. Deshalb musste die Linde, sehr zum Leidwesen der Verwaltung, gefällt werden.

Stadtrat Walter Freudenberger spricht sich dafür aus, dass keine weiteren Leserbriefe zu diesem Thema verfasst werden sollen damit wieder Ruhe im Ort einkehrt. Der Baum musste gefällt werden und damit ist für ihn die Angelegenheit beendet.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er keine Probleme hatte, sich wegen der Baumfällung in der Zeitung zu rechtfertigen, da die Sicherheit der Schlossparkbesucher und der Anwohner der Ziegelgasse gefährdet war. Allerdings musste er auch auf die Anzeige in der Rhein-Neckar-Zeitung reagieren, da hier falsche Tatsachen behauptet wurden.

Zuschuss zu Obstbaumpflanzungen

Die Förderung der Obstbaumpflanzungen durch die Europäische Union (EU) (außerhalb des Ortsetters zur Pflanzung von Obstbaumhochstämmen) spielt immer eine größere Rolle. Wie aus der Rhein-Neckar-Zeitung zu entnehmen war, hat die Gemeinde Eschelbronn die Zuschüsse bereits eingestellt. Auch in Neckarbischofsheim wird es hierfür keine Zuschüsse mehr geben, allerdings deshalb nicht, da vom Naturpark Neckartal-Odenwald in diesem Jahr hierfür keine Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Starkregenereignisse am Wochenende

Bei den Starkregenereignissen vom Wochenende hat es in den Stadtteilen Helmhof und Untergimpfern Probleme mit abgeschwemmten Äckern gegeben. Am morgigen Tag findet hierzu ein Termin mit Herrn Ege in Untergimpfern vor Ort statt, um einen kleinen Teil des Problems zu lösen. In der Mühlstraße war die Situation besonders schlimm, da man es hier mit einem Einzugsgebiet von zirka 40 Hektar hat, auf dem ausschließlich Mais angebaut wird. Einige Landwirte bearbeiten die Flächen mit Mulchsaat, ein Landwirt aber hat seine Fläche gepflügt, so dass das Wasser auch über die gemulchten Flächen gelaufen ist. Nunmehr soll versucht werden, im Bereich der Mühlstraße das Wasser in einen Graben einzuleiten.

Auch im Stadtteil Helmhof wird zusammen mit dem Straßenbauamt versucht, eine gemeinsame Lösung zur Ableitung des Wassers aus den Äckern zu finden.

Sanierung Adolf-Schmitthenner-Gymnasium

In der nächsten Gemeinderatssitzung am 15. Juli 2008 wird der Gemeinderat über den Fortgang der Sanierung am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium beraten. Vom zuständigen Architekten Martin Dertinger, wurden Kosten für die Sanierung eines Musterzimmers ermittelt. Der Gemeinderat erhält diese Unterlagen zur Sitzung.

Baumspende für Schlosspark

Herr Robert Bohn aus Untergimpfern hat der Stadt Neckarbischofsheim eine wohl schöne große Linde, die in seinem Garten steht, zur Umpflanzung in den Schlosspark angeboten. Die Verwaltung wird prüfen, ob diese Linde für den Schlosspark geeignet ist und ob man den Baum auch verpflanzen kann.

08. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Gerold Rossel teilt mit, dass der Grasweg von der Bussardstraße zum Friedhof Helmhof sehr stark zugewachsen ist. (ca. 40 cm hoch). Außerdem befinden sich sehr hohe Brennnessel auf dem Weg (er zeigt hierzu eine Brennnessel, die er zur Sitzung mitgebracht hat) und bittet die Verwaltung, das Mähen des Weges zu veranlassen.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe teilt mit, dass der Krebsbach unterhalb der Brücke im Stadtteil Untergimpfern ebenfalls stark zugewachsen ist und sich außerdem eine Insel gebildet hat, die bei Hochwasser wie eine Staumauer wirkt. Er bittet die Verwaltung, hier entsprechende Maßnahmen zu tätigen, um die Situation zu entschärfen.

Bürgermeister Vogt nimmt beide Hinweise auf und wird die entsprechenden Maßnahmen veranlassen.

Stadtrat Erhard Rupprecht führt aus, dass der Leserbrief von Bürgermeister Vogt in der Rhein-Neckar-Zeitung wichtig war, wobei man auf die Anzeige und den Artikel hätte früher reagieren müssen, was ja auch so im Gemeinderat festgelegt war.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass auf die Anzeige des Herrn Heinrich Schäfer in der Rhein-Neckar-Zeitung verschiedene Gespräche geführt wurden. Nachdem die Angelegenheit aber dann in eine andere Richtung verlaufen ist, musste die Verwaltung dagegen etwas unternehmen, was mit dem Leserbrief auch getan wurde. Leider war eine Verständigung zwischen Verwaltung und den beiden Fraktionen zur Sitzung am 06. Mai nicht möglich, weshalb erst jetzt auf die Angelegenheit reagiert werden konnte. Der Brief hierzu wird in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Stadtrat Walter Freudenberger bemängelt, dass die Feldwegekommission der Stadt Neckarbischofsheim schon seit zwei Jahren nicht mehr tagt, weshalb sich vermehrt Probleme auf den Feldwegen aufgetan haben, was die Bewirtschaftung der Abstandsflächen durch die Landwirte betrifft.

Hier wird vermehrt der Schotter oder Asphalt in den Acker mit eingearbeitet, wobei die Verwaltung hier leichtsinnig darüber hinwegsieht, was seiner Meinung nach nicht weiter geduldet werden kann. Auch auf seine mehrfachen Hinweise, den Schuttabladeplatz auf dem Feldweg am Lerchenweg zu entfernen, wurde von Seiten der Verwaltung nicht reagiert.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe stimmt dem Hinweis von Stadtrat Freudenberger wegen des Umzackerns von Feldwegen auch für die Gemarkung Untergimpeln zu und wird das so nicht mehr hinnehmen und künftig die Landwirte anzeigen.

09. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Thomas Neudel stellt fest, dass sich die Fa. Neudel Verpackungen schon sehr lange um Erweiterungsflächen bemüht und hierfür Grundstücke überverteuert angekauft hat. Nachdem in Neckarbischofsheim die ansässigen Gewerbebetriebe keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr haben, da kein Gelände zur Verfügung steht, bittet er den Gemeinderat sensibler mit der Thematik in Zukunft umzugehen, wenn man weiterhin Arbeitsplätze am Ort sichern und ausbauen will. Er sieht seine Ausführungen lediglich als kleiner Appell an den Gemeinderat.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: